

Zentralsudan: Sicherheitslage unterliegt derzeit vielen Unsicherheitsfaktoren

Wie Sie vermutlich aus den Medien wissen, herrscht im Sudan Bürgerkrieg. Dies betrifft allerdings nur die Region Darfur im Nordwesten des Landes, das mit einer Fläche von 2,5 Mio. Quadratkilometern größter Staat des afrikanischen Kontinents und überdies etwa siebenmal so groß wie die Bundesrepublik ist. Der Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan, bei dem es im Wesentlichen um den Zugang zu lukrativen Ölfeldern ging, wurde im Januar 2005 durch die Unterzeichnung des Nord-Süd-Friedensabkommens (Comprehensive Peace Agreement, CPA) beigelegt. Dieser Friedensvertrag sieht u. a. vor, dass der Süden nach einer Übergangszeit von sechs Jahren über den Verbleib oder die Abspaltung von der Republik Sudan abstimmen darf. Das Referendum ist für Januar 2011 geplant. Im April fanden im Sudan zudem die ersten nationalen Wahlen seit 25 Jahren statt.

Dennoch ist der Friedensprozess bedroht. Wesentliche Ursachen dafür sind Meinungsverschiedenheiten zwischen Nord- und Südsudan über die Umsetzung des Friedensabkommens sowie der Umstand, dass der Südsudan nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen der Welt zählt. Fehlende Niederschläge, schlechte Transportwege und die Verzögerung dringend benötigter Entwicklungsmaßnahmen führen gerade in abgelegenen Gebieten zu einer wachsenden Konkurrenz der verschiedenen Volksgruppen um natürliche Ressourcen wie Wasser, Acker- und Weideflächen. Um die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, ist die Südregerung bemüht, Zivilpersonen zu entwaffnen und eine neue Polizei aufzubauen. Auch die Friedensmission der Vereinten Nationen UNMIS (United Nations Mission in Sudan) hat die Aufgabe, die Zivilbevölkerung vor gewalttätigen Übergriffen zu schützen.

Die Nuba-Berge in Südkordofan waren besonders vom Bürgerkrieg zwischen Nord- und Südsudan betroffen. Die Heftigkeit der Auseinandersetzung hat ihre Wurzeln bereits im frühen 19. Jahrhundert. Damals legte die rücksichtslose Versklavung der Nuba durch die osmanische Besatzungsmacht einerseits und lokale, Arabisch sprechende Stämme andererseits den Grundstein für tief sitzende Feindbilder und lang anhaltende ethnische Konflikte. Eine weitere Konfliktursache liegt in einer Landwirtschaftspolitik, in deren Rahmen die Zentralregierung seit 1973 landesweit privaten Großgrundbesitz und den Anbau von Monokulturen (hauptsächlich Baumwolle und Hirse) förderte. In den Nuba-Bergen hatte das zur Folge, dass ein Großteil der Ländereien ohne Entschädigung beschlagnahmt wurde, weil es sich der Nuba-Tradition gemäß um gemeinschaftlich genutzte Flächen handelte. Den Beschlagnahmungen ging eine Neuregelung des Bodenbesitzrechts voraus. Dies geschah über die Köpfe der Nuba hinweg, und zwar dergestalt, dass viele der Betroffenen erst vor kurzem erfuhren, dass es überhaupt ein Bodenbesitzrecht gibt.

Die hier skizzierte Situation ist der Hintergrund für alle aktuellen Sicherheitseinschätzungen. Das Auswärtig Amt (AA) rät derzeit (Stand 30.06.2010, unverändert gültig seit 05.05.2010) von nicht notwendigen Reisen nach Südkordofan (inkl. Abyei), Blauer Nil und in den Südsudan ab. Andererseits erteilt das sudanesisches Innenministerium nach den uns vorliegenden Informationen weiterhin Reisegenehmigungen für die Nuba-Berge. Daraus geht hervor, dass die sudanesischen Behörden die Region nicht für gefährlich halten. Entsprechend spricht das AA auf seiner Homepage keine offizielle Reisewarnung aus.

Das AA bezieht seine Einschätzungen grundsätzlich auf ganze Provinzen. Aus lokalen Quellen, z.B. von unseren Fahrern, erhalten wir ein differenzierteres Bild. So wissen wir, dass die Route unserer Expeditionsreise „Nuba“, deren Ziel die Nuba-Berge in Südkordofan sind, keine Regionen mit erhöhtem Risiko berührt. Beispielsweise fahren wir nicht in die Gebiete des Weißen Nil südlich von Ar Rank. Malakal, ein größerer Ort, von dem immer wieder Sicherheitsprobleme und Streitigkeiten gemeldet werden, liegt etwa 120 km südlich unseres südlichsten Reisepunktes (Niara). Laut UN-Berichten gab es im Südsudan in der Vergangenheit wiederholt Schießereien zwischen Nomaden und Bauern mit Toten und Verletzten. Der letzte Fall in Bezug auf die Nuba-Berge liegt nach unserem Wissen allerdings mehr als ein Jahr zurück.

Obgleich wir also insgesamt das Gebiet unserer Reiseroute für sicher halten, können wir Risiken grundsätzlich nicht ausschließen, zumal sich die Sicherheitslage rasch ändern kann. Problematisch ist insbesondere die weitere Entwicklung hin zu dem Referendum im kommenden Januar. Die Ergebnisse der im April abgehaltenen Wahlen haben eine Prognose im Hinblick auf die Sicherheitssituation nicht erleichtert. Im Norden entfielen nach Angaben der nationalen Wahlkommission rund 68 Prozent der Stimmen auf den bereits zuvor amtierenden Präsidenten Omar al Baschir. Allerdings sah sich seine Partei (die Nationale Kongresspartei) bereits vor dem Wahlgang mit Vorwürfen der Wählerbeeinflussung und Wahlmanipulation konfrontiert, die dazu führten, dass namhafte Oppositionsführer ihre Kandidatur vorzeitig zurückzogen. Im halbautonomen Süden des Landes wiederum gewann der Führer der ehemaligen Rebellengruppe „Sudan People's Liberation Movement“ (SPLM), Salva Kiir, die Präsidentschaftswahlen für die Regionalregierung.

Beide Kräfte, die Nationale Kongresspartei mit Baschir an der Spitze im Norden und die südsudanesische Regionalregierung unter Kiir, bilden bis zum Referendum eine so genannte Regierung der Nationalen Einheit. Deren Mitglieder haben sich jüngst darauf geeinigt, die Verhandlungen über die politische Ordnung im Anschluss an das Referendum unter die Schirmherrschaft der Afrikanischen Union (AU) zu stellen. Das ist zunächst durchaus als positives Zeichen zu werten. Da jedoch die meisten Beobachter davon ausgehen, dass die südsudanesische Bevölkerung im Januar für eine Abspaltung vom Norden votieren wird, ist es momentan unmöglich, die Auswirkungen dieser mutmaßlichen Entscheidung, die bereits im Vorfeld hohes Konfliktpotential birgt, zuverlässig abzuschätzen.

Wir können daher derzeit keine verlässliche Aussage darüber machen, ob die Reise „Nuba“ im Oktober 2010 durchgeführt werden kann oder nicht. Selbstverständlich überprüfen wir diese Einschätzung kontinuierlich und machen davon unsere endgültige Entscheidung abhängig. Sollten wir den Termin im Oktober aus Sicherheitsgründen definitiv nicht anbieten, geben wir dies rechtzeitig bekannt. In diesem Fall bliebe als Ausweichtermin der [Februar 2011](#).

Abschließend weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass wir unsere Informationen nach bestem Gewissen, jedoch z. T. aus lokalen, nicht offiziellen Quellen beziehen. Wir selbst sind keine Sicherheitsexperten und sind nicht befugt, offizielle und/oder verbindliche Hinweise zu geben.